

François Hollande will Frankreich neu ordnen

Mögliche Auswirkungen für die Großregion

Im Westen der Atlantik, im Süden das Mittelmeer und die Pyrenäen, im Osten die Alpen und der Rhein, im Norden die Ardennen und der Ärmelkanal. Zwischen diesen natürlichen Grenzen liegt Frankreich mit der Hauptstadt Paris, von wo aus seit eh und je die Politik des Landes zentral bestimmt wird. Als territoriale Gebietskörperschaften fungieren 22 Regionen, 100 Départements und über 36000 Kommunen mit ganz unterschiedlichen Funktionen. An dieser territorialen Organisation, die schon seit Napoleon Bestand hat, rüttelt nun der französische Staatspräsident François Hollande.

Die massive Staatsverschuldung gilt als Triebfeder, die Gebietsreform in Frankreich anzupacken. Immerhin will die Regierung bis 2017 rund 50 Milliarden Euro einsparen. So sollen beispielsweise aus den 22 Regionen 14 und die Generalräte der Départements aufgelöst werden. Insgesamt arbeiten nach OECD-Angaben in Frankreich 23 Prozent aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und die Zuständigkeitsbereiche von Regionen und Départements überschneiden sich vielfach in den Bereichen Bildung, Transport, Sozialwesen und Kultur. Fachleute haben daher enorme Einsparpotenziale ausgemacht.

Doch so notwendig die Gebietsreform auch ist, so groß ist auch der Widerstand, der dem französischen Präsidenten selbst aus dem eigenen politischen Lager entgegenschlägt. Schon in der Vergangenheit sind aus den groß angekündigten Gebietsreformen Reförmchen geworden, zum Beispiel zu Beginn der 70er und Anfang der 80er Jahre. Die Präsidenten der fünften Republik wie de Gaulle oder Mitterrand wollten sich an diesem heißen Eisen Gebietsreform nicht unbedingt die Finger verbrennen. Seit über 40 Jahren schiebt die Politik dieses Vorhaben immer wieder auf den St. Nimmerleinstag und jetzt soll alles unter der Präsidentschaft Hollandes unter Dach und Fach gebracht werden. In der Tat ist es kaum vorstellbar, dass die Regionen Lothringen und Elsass fusionieren oder die Picardie mit Champagne-Ardenne oder Burgund mit der Franche-Comté.

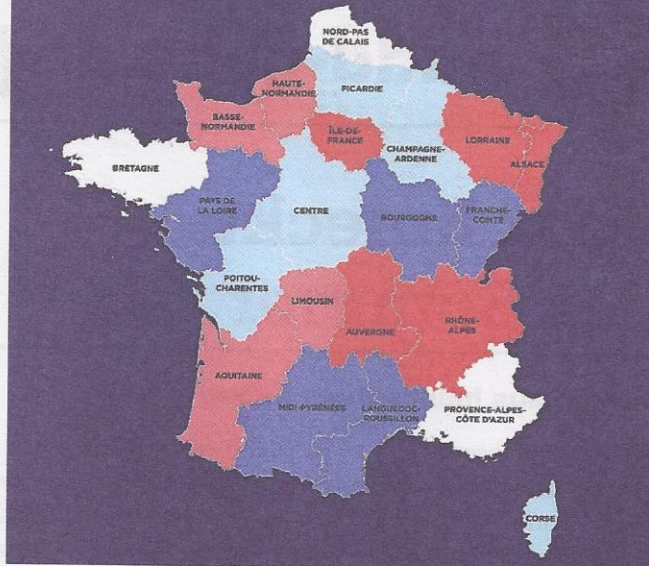
Der Präsident des Regionalrats Lothringens, Jean-Pierre Masseret, begrüßt zwar die Reformbemühungen, lehnt aber in einem offiziellen Schreiben an den Premierminister den viel zu eng gesteckten Zeitplan ab und verweist dabei auf die Wahlen im März 2015 auf regionaler und Départements-Ebene. Und auch Amtskollege Philippe Richert aus dem Elsass teilt diese Ansicht. Es würde eine künstlich geschaffene Region entstehen von der belgischen Wallonie entlang der deutschen Grenze bis hin zur Schweiz. Die Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion wären enorm. Lothringen sei in Frankreich die einzige Region, die Grenzen

Die Gebietsreform in Frankreich sieht vor, dass aus den bisherigen 22 Regionen 14 werden.

Foto: Rozol - Fotolia.com

NOUVELLE CARTE DES RÉGIONS

JUILLET 2014



mit drei europäischen Nachbarn habe und zwar mit Belgien, Luxemburg und Deutschland, erklärt Vizepräsident Christophe Choserot vom Regionalrat Lothringen. Bei einer Neukonstellation der Regionen würden Beziehungen zwischen Lothringen und den Nachbarstaaten womöglich auf eine neue Grundlage gestellt. Die Großregion würde von französischer Seite neu aufgemischt mit neuen Ansprechpartnern und möglicherweise neu zu definierenden Interessen.

Und so legt der Bürgermeister von Morsbach und ehemalige Präsident von Eurodistrict, Gilbert Schuh, einen visionären Vorschlag auf den Tisch. Er könne sich die Fusion des Saarlandes mit dem Département Moselle vorstellen, schließlich gebe es eine gemeinsame Kultur- und Industriegeschichte sowie vielfältige wirtschaftliche Beziehungen. „Mosellaner und Saarländer sind sich viel näher als viele denken.“

Der französische Generalkonsul im Saarland, Frédéric Joureau, sieht durchaus Chancen für die Großregion in einer Neuordnung der französischen Gebietskörperschaften. Für die Weiterentwicklung seien vielmehr die Ziele der Politik als die Mittel entscheidend. Die Stärken der Wirtschaft in der transnationalen Zusammenarbeit müssten viel deutlicher gemacht werden. Allerdings stellt er auch die Gegenfrage, ob denn das Saarland für eine Fusion mit Rheinland-Pfalz bereit wäre.

Der frisch gewählte Präsident des Eurodistricts, Regionalverbandsdirektor Peter Gillo, ist sich sicher, dass die gute Zusammenarbeit mit den französischen Kommunen bei einer Fusion nicht leiden würde. „Wir kennen uns gut und wissen, dass wir die Region Saarbrücken/Forbach/Sarreguemines/St. Avold nur gemeinsam erfolgreich entwickeln können.“ Die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden der Region Lorraine und der Region selbst sei immer sehr gut gewesen. „Der Verwaltungssitz der Region in Metz liegt sehr nahe, mit Lothringen fühlen wir uns sehr verbunden. Straßburg wiederum ist ein gutes Stück entfernt“, so Gillo weiter. Die Verwaltungswege würden im Falle einer Fusion sicher länger. Letztlich sei aber die Staatsorganisation Sache des französischen Staates.

Dr. Jean Schuler, zuständig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Département Moselle, hält die Gebietsreform für absolut notwendig, will allerdings die Bürger und Abgeordneten befragen. „Sie sollen von der Reform profitieren und sie nicht erdulden.“ In jedem Fall müssten zuvor Fragen der Kompetenzen, der Finanzierung und der Gouvernance geklärt werden.